

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei voller Zahlung im Voraus für Deutschland 1,20 M. im Voraus zahlbar. Für Postbestellungen außerhalb Deutschlands entgegengesetzt. Unter Umständen können für Deutschland und Österreich 1,20 M., für das übrige Ausland 1,50 M. pro Jahrgang in Rechnung gestellt werden. Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Nord 833-36, 2895 und 2896.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum, jeweils je vier Zeilen, als auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut amtlichen Anzeigen-Tarif berechnet. Inzidenz für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Nord 833-36, 2895-96, 2768

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Weiterer Vormarsch der Reichswehr.

## Es ist keine Zeit zu verlieren!

Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.

Hagen, 5. April.

P. H. Die Arbeiterschaft von Hagen, Almena, Herlohn ist entschlossen, wenn die Reichswehr gegen Westfalen vorrückt oder von Osten in der Richtung auf Elberfeld marschiert und dadurch Hagen, Schwelm und Herlohn abzuschnüren versuchen würde, das Signal für die Teilnehmer an den Kämpfen zum allgemeinen Rückzug unter dem Schutz der Entente wegen des drohenden weißen Schreckens zu geben. Selbstverständlich würden dann die Teilnehmer das gesamte Heeresmaterial mitnehmen, soweit es zu ihrem Unterhalt und zu ihrer Versorgung notwendig ist. Der Oberbürgermeister von Elberfeld hat an den Reichskommissar Sebering die Mitteilung gerichtet, daß in Elberfeld, Barmen und Hagen in musterhafte Ruhe herrscht und daß der Einmarsch der Reichswehr unter allen Umständen vermieden werden muß. Die Arbeiterschaft sei im Stande, allein Ordnung zu schaffen.

Nach den Versicherungen der Regierung haben die in das Ruhrgebiet einmarschierenden Reichswehrruppen nur den Auftrag, gegen die Orte vorzugehen, in denen durch Ruhestörer und Plünderer die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet ist. Voraussetzung für die Innehaltung dieser Zusicherungen ist, daß die Regierung die Truppen in ihrer Hand hat und daß sie ihren Anweisungen folgen. Das ist aber gegenwärtig so wenig der Fall, wie es je war. Trotz aller Vollmacht von Sebering, mit dessen 'Eidvernehmen' die militärischen Operationen vorgenommen werden sollen, wie auch seine Unterbestandigkeit und die Zivilbehörden ohne entscheidenden Einfluß auf sie. Nachdem die Reichswehrruppen in gewaltiger Stärke einmarschiert sind, haben jetzt sie alle Macht in ihrer Hand.

Was das bedeutet, erzählt die Tatsache, daß die Militärs weder das Viesfelder Abkommen noch das von Münster innegehalten haben. Entgegen den in Münster getroffenen Vereinbarungen, die bestimmen, daß jede Vormarschbewegung der Reichswehr oder Teile davon mit dem 31. März abends aufhören sollen, ist der Vormarsch ununterbrochen fortgesetzt worden. Am 1. April ist die Reichswehr etwa 25 Kilometer, am 2. mindestens 10 Kilometer vorgedrungen. Und das geschieht im östlichen Westfalen, wo kein Grund zum Einrücken der Reichswehr vorliegt.

Samstag war schon einige Tage vorher unter Bruch der Viesfelder Abmachungen von der Reichswehr befehligt worden. Nun wurde am 1. April auch Unna befehligt, obwohl auch hier die Arbeiterschaft Ordnung hielt und alle Abmachungen befolgte. An der nördlichen Front aber belegte die Reichswehr bei dem Rückzug der Arbeitstruppen die Abfahrtsstraßen mit Artilleriefeuer und erschwerte und verhinderte sie.

Diese Handlungsweise der Reichswehr hat ihre guten Gründe. So gut wie Watters Ultimatum dem Zweck dienlich, die Viesfelder Vereinbarungen beiseite zu schieben, so soll das schnelle Vorrücken der Reichswehr verhindern, daß die Arbeiterschaft zeigen kann, daß sie imstande ist, allein Ordnung zu schaffen und daß es der Reichswehr für diese Zwecke nicht bedarf. Bei der vereinbarten Lösung der Truppen voneinander wäre die ordnungsgemäße Enttarnung der Frontkämpfer möglich gewesen. Das schnelle Vorrücken der Reichswehr aber stört nicht nur den Rückzug und die Auflösung der Front, sondern weckt auch den Widerstand der gestärkten Arbeiterschaft gegen die Waffenabgabe, erbitterte die an der Front kämpfenden gegen den Generalstab und die Aktionsausschüsse und verhinderte die Mobilisierung der an und für sich geringen Zahl von Unabhinglichen, mit denen die Arbeiterschaft allein fertig geworden wäre. Wenn in den letzten Tagen Plünderungen in den Orten vorgenommen sind, auf die sich die Reichswehrruppen zurückgezogen haben, so muß doch dabei in Betracht gezogen werden, daß es sich fast überall nur um die Wegnahme von Lebensmittel, Bekleidung und etwas Geld handelte, da die Leute seit Tagen ohne alles dieses verheißt waren. Weil bei der Auflösung der Waffen-

kommanden Technisches zu erwarten war, hat man diese auf das schonendste behandelt.

Die Arbeiterschaft des bergischen Landes und des Bezirks Hagen hat bereits am 1. April Sebering den Vorschlag gemacht, aus je 600 Arbeitern von Hagen, Elberfeld und Düsseldorf gebildete Expeditionen nach Duisburg und Mülheim zu entsenden, um dort die Ordnung wieder herzustellen. Sebering war mit diesem Vorschlag einverstanden, die Arbeiter waren zur Abfahrt bereit, als die Nachricht von dem Vorrücken der Reichswehr bei Unna die Ausführung unmöglich machte, da die Reichswehr dann die Möglichkeit gehabt hätte, diese Arbeiterarmee von rückwärts zu bedrohen und zu bekämpfen. Daß die Arbeiterschaft selbst Ordnung schaffen kann, beweist die Rettung des Landrats von Hagen an den Reichskommissar Sebering, daß die Arbeiterschaft im Kreise Sörde die Ordnung vollständig herzustellen vermochte.

So sind die Plünderungen in Duisburg, Essen, Dortmund und wo, die unausbleiblich und auch wohl nicht erwünscht waren, die Folgen des schnellen Vorrückens der weißen Schrecken seinen Anfang genommen hat. In Hamm sind drei Mann am 30. März wegen Beteiligung an den Frontkämpfen vom Standgericht zum Tode verurteilt und erschossen worden. In Unna sind trotz Innehaltung der Vereinbarung der Waffenabgabe nach früher fertig gestellten Listen zahlreiche Arbeiter verhaftet und mißhandelt worden. Samariter, die Sonntag mit behördlichem Ausweis einen Laten abholen wollten, wurden ebenfalls mißhandelt und verhaftet. Auch aus Reddinghausen wird von standrechtlichen Erschießungen berichtet.

Am bergischen Land ist alles ruhig. In Elberfeld, Barmen, Hagen, Düsseldorf ist die organisierte Arbeiterschaft durchaus Herr der Lage. Auch die Waffenabgabe ist überall ruhig verlaufen, die nach dem Viesfelder Abkommen zu bildende Ortswehr ist bereits in Funktion getreten. In einem Einmarsch der Reichswehr besteht also keinerlei Veranlassung. Die Zivilbehörden warnen vor ihm. Aber insbesondere die vereinbarte Ortswehr hat sowohl den Horn der Reichswehr wie des Bürgerturns herbeigerufen. Die 'Kölnische Zeitung' spricht es offen aus, daß sie mit den Ortswehren gar nicht einverstanden ist und die Militärs waren bereits bis in die Nähe von Hagen noch die Schwerte vorgestoßen, angeblich, um nachzusehen, ob die Waffen richtig abgegeben seien.

Die Regierung hat nun zwar die Zusicherung gegeben, daß in das bergische Land einschließlich des Bezirks Hagen nicht einmarschiert werden soll. Was aber nicht diese Zusicherung, wenn die Führer der Reichswehr sie nicht innehalten? Deshalb muß die Regierung jetzt zeigen, ob sie die Macht besitzt, oder ob die Militärs Herr der Lage sind. Die Regierung darf auf bestellte Disziplin nicht wieder hereinfallen, sondern muß unter allen Umständen die Innehaltung des von ihr gegebenen Befehls verlangen, daß in die bezeichneten Gebiete nicht einmarschiert werden darf. Hier glaubt ihr die Entente auch nicht die Ausrück, der Einmarsch sei gegen ihren Willen von den Militärs wegen der Unordnung vorgenommen worden, denn die Entente weiß, daß in diesen Gebieten beste Ruhe herrscht und die Arbeiterschaft allein im Stande und gewillt ist, allen Verbrechen und Ungehörigkeiten, sie zu stören, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Nachdem Duisburg, Essen, Dortmund befehligt sind, muß die Einstellung des Vormarsches der Reichswehr auf der ganzen Linie erfolgen. Eventuell wird zurückziehende Kämpfer wird die Arbeiterschaft selbst entwöhnen. Erfolgt trotzdem der Einmarsch in die bezeichneten Gebiete, so würde das die offene Abfahrt der Militärs zeigen, unter allen Umständen das ruhige Gebiet unter die Gewalt der Reichswehr zu bringen, um die Ortswehr unmöglich zu machen und Rache zu nehmen an der Niederlage, die die Teilnehmer an den Kämpfen vor dem 2. April den Freikörpern beigebracht haben. Die Regierung hat also keine Zeit zu verlieren. In den nächsten Tagen fällt die Entscheidung, ob sie Herr der Lage ist oder das schiedsrichtige Militär.

## Die Reichswehr im Bergischen Land.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

Hagen, 5. April, 10 Uhr abends.

Entgegen den Zusicherungen der Regierung ist heute abend 7 Uhr Schwerte von 30 Mann Reichswehrruppen besetzt worden. Damit ist einer der Orte befehligt worden, die nach den Versicherungen der Regierung von der Besetzung nicht betroffen werden sollten. In Schwerte ist alles ruhig gewesen. Die Waffenabgabe ist auf Grund des Viesfelder Abkommens durchgeführt worden. Jemandem anderer Anlaß zum Einmarsch war nicht gegeben. Die Nachricht von der Besetzung Schwertes hat in Hagen große Aufregung hervorgerufen. Sie wird als das erste Anzeichen der unmittelbar bevorstehenden Besetzung Hagens empfunden.

Aus diesen Mitteilungen unseres nach Rheinland-Westfalen entsandten Sonderberichterstatters und aus den anderen uns von dort zugegangenen Meldungen geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Schuld an der Verschärfung der Lage nicht die Arbeiterschaft, sondern einzig und allein die Reichswehr trägt. Die Regierung bestreitet in einer offiziellen Notiz, daß die Reichswehr durch Sperrfeuer den Einmarsch der Fronttruppen verhindert habe und daß das Militär auf eigene Faust vorgehe. Dabei hat der Reichskommissar Sebering selbst erst dafür sorgen müssen, daß dem Sperrfeuer Einhalt geboten wurde. Trotz der Verschärfung der Lage durch die Regierung steht fest, daß die Reichswehr sich nicht an die Abmachungen gehalten hat. Wenn jetzt behauptet wird, daß die Truppen dabei im Einverständnis mit Herrn Sebering gehandelt haben, so würden damit die Berliner Offiziere den höheren Vordruck gegen den Reichskommissar erheben, daß auch er die Vereinbarungen mißachtete.

Die Regierung ließ am Sonntag abend eine beruhigende Mitteilung verbreiten, daß ein Einmarsch der Reichswehr in das vollkommene ruhige bergische Land und in das Wuppertal nicht beabsichtigt wäre, und daß die Besetzungen der dortigen Arbeiterschaft vollkommen grundlos seien. Zur selben Zeit, da diese Mitteilung in Berlin ausgegeben wurde, ist die Reichswehr bereits in Schwerte eingerückt; die Arbeiterschaft von Hagen muß also mit Recht befürchten, daß der Vormarsch der Truppen auch vor den ruhigen Gebieten nicht Halt machen werde.

Welche Absichten aber die Führer der Reichswehr verfolgen, das geht noch aus folgendem hervor. Dortmund ist Sonntag nachmittags um 4 Uhr befehligt worden. Eine der ersten Laten der Reichswehr war dort die Auflösung der Ortswehr, was einen glatten Bruch der Viesfelder und Münsterer Vereinbarungen bedeutet.

Schon wird aus vielen Orten, in die die Reichswehr eingerückt ist, von willkürlichen Verhaftungen, von Mißhandlungen, ja sogar von Erschießungen berichtet. Demgegenüber fordern wir mit allem Nachdruck, daß diesen Mißbräuchen der bewaffneten Macht Einhalt geboten wird, daß insbesondere keine Standgerichte eingesetzt werden und nicht gegen die kämpfenden Arbeiter unternommen wird, denen auf Grund der Vereinbarungen Amnestie zugesprochen wurde. Die Reichswehr hat auch nicht das mindeste Recht, mit standrechtlichen Erschießungen gegen die sogenannten Plünderer vorzugehen, denn es steht fest, daß es sich in fast allen Fällen nur um Kontakte zurückziehender Arbeiter handelt, denen mit standrechtlichen Erschießungen nicht begegnet werden darf. Die Arbeiterschaft ist stark genug, um selbst dieser Zustände Herr zu werden.

In dieser Stunde verlangen wir aber auch auf das Ernstliche, daß dem Vormarsch der Reichswehr in die ruhigen Gebiete sofort Einhalt geboten wird. An der Verhandlungstafel der Regierung soll



gestern Abend heißt es zum Schluss, daß die Gefahr besteht, wandernde Elemente könnten bereits in das bereits befriedete Gebiet strömen und gegen sie müßte sich dann gleichfalls die "Polizeiaktion" richten. Wenn das den Vorwand dafür abgeben soll, daß auch in das bergische Land und in das Wuppertal Reichswehrtruppen entsandt werden, so muß dazu gesagt werden, daß nicht nur die dortige Arbeiterschaft, sondern die Arbeiterschaft ganz Deutschlands dem nicht ruhig zusehen wird, sondern Mittel und Wege finden wird, um diesen bedrohten Gebieten zu Hilfe zu kommen!

### Das Vordringen der Reichswehr.

Drahtnachricht unseres Sonderberichterstatters.

Münster, 4. April.

Von einem Vertreter von Severing wurde mir folgendes mitgeteilt:

Der Vormarsch der Reichswehr hat nördlich der Ruhr von Norden und Osten begonnen. Die Gründe dafür, daß nicht nur in das Mühlheimer Gebiet einmarschiert wird, sondern auch von Hamm nach Dortmund, liegen darin, daß angeblich auch dort die Arbeiterschaft allein machtlos sei und keine Ordnung schaffen könne. Die Rechtssozialisten verlangen den Einmarsch. Dortmund sei ohne Polizeischutz. Die Polizei solle neu formiert werden, es fehle aber an Waffen. Dortmund ist vollständig frei von bewaffneten Arbeitern, es wird deshalb erwartet, daß der Einmarsch der Reichswehr ohne Zwischenfälle vor sich geht. Ein Einmarsch im bergischen Land ist im Augenblick nicht geplant, da hier überall die Waffenabgabe ruhig vor sich geht. In Elberfeld sind 10 Maschinengewehre, 2100 Handgranaten, über 2000 Gewehre abgeliefert worden. In Elberfeld und Düsseldorf herrscht Ruhe. Duisburg ist Sonntag morgen von Reichswehrtruppen nach Angabe des Oberbürgermeisters verhältnismäßig unblutig genommen, ordnungsgemäße Zustände seien wiederhergestellt worden. Das schnelle Vorgehen der Reichswehr erschwert vielerorts die Durchführung der Münsterer Vereinbarungen. So hat der Landrat im Kreise Hattingsen angeordnet, daß in seinem Kreise die Durchführung der Vereinbarungen stehe, weil der Truppenvorrückung bei Neulinghausen so rasch erfolgte, daß eine Lösung der beiden Gegner voneinander nicht möglich war.

### Helft den Opfern der Kämpfe!

Spiegel und Lügner am Werk.

Eigene Drahtmeldung der "Freiheit".

Darmen, 5. April.

Die Reichswehrtruppen rücken seit Sonnabend ununterbrochen vorwärts. Gegenwärtig geht ihre Frontlinie von Hamm—Oberhausen—Katernberg—Wespenkirchen um Dortmund—Kerfeld und um Schwerte. An die Abmachungen von Münster haben die Truppen sich nicht gehalten. Sie sind so schnell vorgerückt, daß sich die zurückgehenden Arbeiter unmöglich von ihr lösen konnten und es vielerorts zu Kämpfen gekommen ist, die von der Arbeiterschaft keineswegs gewünscht wurden. Die Reichswehrtruppen ließen den Arbeitern nicht die Zeit, sich in Ruhe zurückzuziehen und sich zu entsinnen.

Der Zentralrat hat seinen Sitz von Essen nach Darmen verlegt. Erschießungen von Arbeitern werden gemeldet aus Hamm, Hamm, Osterfeld, Wenden und Neulinghausen. Im Wuppertal sammeln sich viele Flüchtlinge, darunter zahlreiche Frauen und Kinder. Die Not dieser Opfer, wie auch der übrigen Hinterbliebenen der gefallenen Kämpfer ist sehr groß. Der Zentralrat hat heute einen Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft um Unterstützung der Opfer der Kämpfe erlassen. Ein gleiches Gesuchen wurde an die Zentralen der sozialistischen Parteien, an den Gewerkschaftsbund und an die KfA gerichtet.

Die Nachricht, daß unser Genosse Ernst erklärt habe, die Reichswehrtruppen müßten ins Ruhrgebiet einzücken, ist glatter Schwindel. Auch sonst sind nirgendwo Unabhängige für den Einmarsch der Truppen eingetreten.

Man weiß nicht, ob die Truppen auch ins bergische Land einzücken werden. Dort wie auch im Wuppertal, besonders in Elberfeld und Barmen, herrscht völlige Ruhe. Das aber auch hier Spiegel am Werk sind, um Anlässe zum Einzug der Truppen hervorzurufen, das zeigte gestern ein Plakat, das überall angeschlagen wurde und zum Generalkrieg aufforberte. Es trug die Unterschrift der drei sozialistischen Parteien. Dabei hat keine der drei Parteien den Generalkrieg ausgerufen.

### Verhaftungen und Mißhandlungen.

Eigene Drahtmeldungen der "Freiheit".

Oagen i. W., den 4. April 1920.

Am 3. April wurde die Stadt Unna besetzt. Am Abend wurden nach den Listen der Reichsparteien Verhaftungen vorgenommen. Man suchte alle Leute, die an den Kämpfen bis zum 2. April teilgenommen hatten, heraus. Der Bergmann Hof und andere waren Zeugen der abscheulichsten Mißhandlungen am Bergmann Karl Weis. Ein Offizier selbst hat den Kerker seinen Mannschaften übergeben. Das ist die Einführung des Verdrachens der Regierung gegenüber den Arbeitern, die Waffen hoch ja bis zum 2. April zu heben. Sonntag Abend wurde Oerze besetzt. Nördlich von Essen fanden Kämpfe statt.

Oagen i. W., 4. April.

Die Truppen rücken täglich vor. Sie stehen bereits bei Schwerte und Brodenberg, etwa drei Stunden von Oagen. Es ist entsetzlich, die mittellosen Flüchtlinge mit Frauen und Kindern zu sehen. Diese kamen aus Hamm und Unna hierher. In Oagen und Umgebung wird das Abkommen gehalten. Die Waffenabgabe geht voran, die Wehren werden aufgebaut. Soeben beschloß eine Sitzung der Funktionäre, an die Arbeiter die Aufforderung zu richten, beim Vordringen keinen Kampf und keinen Widerstand zu leisten. Die Befürchtungen, daß trotz des Abkommens die Reichswehr Verstärkungen vornehmen wird, sind groß.

### Eine Beruhigungsbildung.

Berlin, 5. April.

W. T. W. teilt mit: Von dem Bergisch-märkischen Lande werden seitens der Arbeiterschaft Befürchtungen geäußert, dahingehend, daß die Polizeiaktion im Industriegebiet

auch bis in die Gegend Sagen, Elberfeld, Barmen, Herkath vorstoßen könnte. Eine solche Absicht besteht nicht. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß unter Umständen gerade dadurch wandernde Banden veranlaßt werden könnten, sich aus dem Essen-Dortmunder Gebiet in das bergische Land zu schieben. In diesem Falle wird es zu nächst Aufgabe der Ordnung sein, das Gebiet, in dem zur Zeit Ruhe, Ordnung und Arbeitsfreiheit herrschen, vor Gewalttaten und Plünderung zu bewahren.

### Ein Aufruf des Reichskommissars.

Der Reichs- und Staatskommissar Severing erklärt von Münster aus einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es heißt, daß über die Art und Durchführung des Bielefelder Abkommens und der Münsterischen Besprechungen irreführende Darstellungen gegeben worden seien. Die Regierung habe alle friedlichen Versuche zur Verhütung eines Bürgerkrieges unternommen. Sie sei bereit gewesen, von einem Einmarsch der Truppen in das rheinisch-westfälische Industriegebiet Abstand zu nehmen, wenn 1. die verfassungsmäßigen Behörden wieder in ihre Kantorei eingesetzt, 2. Waffen und Munition sofort an die Gemeindegewalt abgegeben, 3. die Gefangenen sofort freigelassen würden. Diese Bedingungen seien bis zum 2. April nicht erfüllt worden. In den meisten gefährdeten Orten hätten die Aktionsausschüsse oder Vollzugsräte keinen Einfluß auf die bewaffneten Arbeiter gehabt, diese seien von Ort zu Ort gezogen, um zu plündern und zu erpressen. Vom 31. März bis zum 3. April hätten die Truppen auf der ganzen Linie jede Vorkwärtsbewegung eingestellt. Jetzt komme die Truppe nur als Schützerin der Verfassung und Reichsgewalt. Sie habe folgende Hinweise erhalten:

„Nichts ein Eingreifen der Reichswehr im Ruhrgebiet erforderlich wird, erwartet die Reichsregierung, daß sich alle Truppen als Organe der Staatsgewalt fühlen, welche gegen ihre eigenen Volksgenossen die bedrohte Staatsautorität wieder herzustellen haben. Es gilt, dem Volk zu zeigen, daß die Reichswehr treu hinter der Verfassung steht und daß sie das Vertrauen des ganzen Volkes verdient. Dazu gehört vor allem Wahrung schärfster Manneszucht, Vermeidung aller unnötigen Härten und jeglicher Übergriffe und Provokationen. Nur eine Truppe, die bei aller Bestimmtheit doch sachlich, ruhig und bescheiden auftritt und sich streng an die Gesetze hält, ist befähigt, behütlich zu sein. Irreguläre deutsche Volksmilizen werden auf den Weg der Ordnung und Verfassung zurückzuführen. Nur sie wird sich selbst Vertrauen erwerben und der Staatsgewalt Achtung und Vertrauen verschaffen können.“

Der Reichswehrminister, Der Chef der Heeresleitung, gez.: Dr. Gieseler, gez.: von Seekt.

Dieselbe Meinung habe auch General von Batten erhalten. Die in dem Bielefelder Abkommen bezeichneten Reformen würden auch jetzt noch durchgeführt werden, wenn die Durchführung aber jetzt eine Verzögerung erleide, so sei dafür ein Teil der wortbrüchigen Arbeiter verantwortlich zu machen. Jetzt gelte es, erst Ordnung zu schaffen.

Demgegenüber müssen wir auch jetzt wiederholen, daß die Arbeiterschaft an der Durchführung der Bielefelder und Münsterer Vereinbarungen von der Reichswehr geradezu verhindert worden ist und daß diese selbst in zahllosen Fällen die Abmachungen nicht innegehalten hat.

### Die deutsch-französischen Auseinandersetzungen.

Der französische Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen Millerand hat am Sonnabend Abend an den deutschen Geschäftsträger Mayer ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß er die sofortige Zurückziehung der in das Ruhrgebiet unrechtmäßiger Weise einrückenden Truppen dringend verlangt und erklärt habe, Frankreich könne keine Abweidung von Artikel 44 des Versailler Friedens gestatten. Millerand fügt hinzu, es sei heute amtlich festgestellt, daß die Zahl der deutschen Truppen im Ruhrgebiet die erlaubte Stärke übersteige, daß der Reichskommissar von der Regierung volle Handlungsfreiheit für ihre Verwendung im Ruhrgebiet erhalten habe und schließlich daß der Angriff der Reichswehr am 2. April begonnen habe. Millerand stellt fest, daß die deutsche Regierung durch den provisorischen Angriff den Artikel 44 des Vertrages verlegt habe, was einen feindlichen Akt bedeute, der den Frieden der Welt stören müsse. Millerand erklärt, er werde Mayer später die Entscheidung Frankreichs zur Kenntnis bringen.

Darüberhin haben nach einer Havardmeldung der deutsche Geschäftsträger Mayer und der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation Göbvert an Millerand eine Note gerichtet, in der sie sich bemühen, die Bedeutung der im Ruhrgebiet von den deutschen Truppen unternommenen Bewegung abzufärben. Sie behaupten, daß die Zahl dieser Truppen stark übertrieben worden sei. Sie versichern ferner, daß die von der französischen Regierung verlangten Währungsmaßnahmen nicht geboten seien, da die Kindersicherheit von Ergänzungsbefehlen der Reichswehr nicht länger dauern soll.

Diese Vorgänge versteht die deutsche Regierung mit einem Kommentar, den Wolffs Bureau verbreitet:

Obwohl die deutsche Regierung in Paris wiederholt die dringlichen Gründe darlegen ließ, die sie gezwungen haben, die Polizeiaktion im Ruhrgebiet zu unternehmen, ist es ihr bisher nicht gelungen, das Einverständnis der französischen Regierung zu dem Einmarsch zu erzielen.

Herr Millerand hat vielmehr in seiner Eigenschaft als französischer Ministerpräsident die deutsche Regierung in einer Note auf die besonders feierliche Fassung des Artikels 44 des Friedensvertrages, der jeden Verstoß Deutschlands gegen die mit der neutralen Zone sich befassenden Artikel 42 und 43 als eine feindselige Handlung und einen Verstoß einer Bedingung des Weltfriedens kennzeichnet, hingewiesen und in Aussicht gestellt, daß uns die Entscheidung der französischen Regierung später übermitteln werden würde.

Demgegenüber kann heute festgestellt werden, daß durch die zum Zwecke der Polizeiaktion in das Ruhrgebiet einmarschierten Truppen das uns für die neutrale Zone geltende Kontingent noch nicht erreicht worden ist. Nach dem Abkommen vom 6. August sind insgesamt für die neutrale Zone 17.500 Mann zuzurechnen. Im Industriegebiet befinden sich zur Zeit 18.500 Mann, in der übrigen neutralen Zone 8500 Mann. Es ist ferner Herrn Millerand mitgeteilt worden, daß die Aktion im Ruhrgebiet in etwa sieben Tagen ihr Ende erreicht haben dürfte. Wir können von hier aus natürlich nicht nachprüfen, ob die Zahlenangaben der deutschen Regierung stimmen.

festzuhalten aber ist, daß das Augustabkommen nicht den Währungsbestand allgemein festgesetzt, sondern genau die Stärke der einzelnen Waffengattungen angegeben hat. Danach sollten in der neutralen Zone gebildet werden: 20 Bataillone Infanterie, 10 Schwadronen Kavallerie und 2 Batterien. Frankreich wird darauf bestehen, daß diese Grenzen im einzelnen imangehalten werden, und nach den vorliegenden Nachrichten er scheint es uns sehr zweifelhaft, ob sie nicht, zum mindesten was den Umfang der eingesetzten Artillerie betrifft, überschritten worden sind.

Die französische Regierung droht bekanntlich für den Fall der Verletzung des Versailler Vertrages und seiner Ausführungsbestimmungen mit der Besetzung von Frankfurt, Darmstadt, Hanau und Gomburg v. d. Höhe. Ob sie diese Absicht ausführt, auch dann ausführt, wenn England und Italien nicht ausdrücklich zustimmen, nach abgefragt werden.

Jedenfalls fehlt noch immer eine Darstellung des Verhandlungsverlaufs, die den Widerspruch zwischen der Erklärung Millersands in der Nationalversammlung und dem Verhalten Millersands aufhebt. Erst wenn sie erfolgt ist, wird es auch klar werden, ob, wie man in halbamtlichen Kreisen berichtet, Frankreich nur noch einem Vorwand für die Besetzung linksrheinischer Plätze sucht, oder ob es wirklich die Notwendigkeit einer militärischen „Polizeiaktion“ im Ruhrgebiet bezweifelt.

### Entspannung in Dänemark.

Aus Kopenhagen wird gemeldet:

Der König berief Sonnabend Abend um 9 Uhr die Führer aller Reichstagsparteien zu einer Zusammenkunft nach dem Schloß Amalienborg, um über die Lage zu verhandeln. Die Besprechungen dauerten von 9 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr früh. Alle Parteiführer waren darüber einig, daß es notwendig sei, Wahlen nach einem neuen Wahlgesetz abzuhalten, und daß der Generalkrieg abgesetzt werden sollte. Die Regierung erklärte auf Anregung des Königs, daß er zurückzutreten wünsche. Der König wird mit dem Oberbismarcksdirektor Friis die Bildung des neuen Kabinetts übertragen mit der Aufgabe den Reichstag so bald wie möglich die Sitzungen wieder aufnehmen zu lassen und die Verhandlungen über das neue Wahlgesetz zu Ende zu führen. Alle Parteiführer versprachen ihr Zusammenwirken mit dem neuen auf dieser Grundlage gebildeten Kabinett.

Die Linksparteien hätten danach also erachtet, daß durch den Staatsstreik des Königs einseitige Kabinettsbildung zum Rücktritt gezwungen worden ist, und daß der Reichstag nicht vor Erledigung des neuen Wahlgesetzes aufgelöst wird. Insofern hat der Generalkrieg gewirkt. Anbei sei noch erwähnt, daß demokratisch-sozialistische Kabinette nicht zurücksondern meist einem Geschäftsministerium Platz. Der Sieg der Gegner des Königs ist also nicht vollständig.

### Mohrenwäsche.

Wolffs Bureau verbreitet folgende offizielle Note:

„Nunmehr noch wird die Behauptung wiederholt, daß die Reichsregierung rechtzeitig von dem Unternehmen der Herrschaft und Lüftung unterrichtet gewesen sei. Es wird doch im besonderen auf einen Bericht des damaligen Staatskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung von Berger hingewiesen. Demgegenüber sei, wie dies bereits durch den preussischen Ministerpräsidenten in der Landtagssammlung geschehen ist, nochmals festgestellt, daß die Verichte kein abweichendes Charakter gehabt hat und nur allgemeinen, ohne irgendwelche Einzelheiten oder Namen, wachen, sich mit der reaktionären Bewegung beschäftigte. Die Verichte ist am 9. März bei der Reichsregierung eingegangen. Am 10. März hat dann eine Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichswehrminister Noke stattgefunden. Nach dieser Unterredung erging unterzüglich an den General von Bülow die Aufforderung zum Rücktritt. Am 11. März wurden Befehle gegen Noke, Bülow, Bauer erlassen. Die Reichsregierung hat also sofort, nachdem sie durch die Unterredung mit dem General von Bülow (Ein) in das geplante Unternehmen bekommen hatte, die notwendigen Gegenmaßnahmen getroffen.“

Die offizielle Rundgebung sucht also den Anschein zu erwecken, daß die Regierung Bauer-Noke sofort die nötigen Gegenmaßnahmen gegen die militärischen Verführer getroffen haben. Diese Ungeheuerlichkeit hat nicht einmal Noke zu behaupten gewagt. In seinem letzten „Wahrheits“-Artikel hat er unumwunden zugesehen, daß in einem vorabendlichen Nachmittagsverweilen der ganze Ruhrabgeordnet worden wäre, daß aber General v. Oden, General v. Oldershausen, v. Seekt, Admit v. Trotha und andere hohe Offiziere, trotz seiner flehentlichen Bitten den Kampf gegen die Döberlinger Wäcker abblieben. Die Führer der Reichswehr weigerten sich also, irgend etwas gegen die militärischen Staatsstreik zu unternehmen und ließen das ganze Reich kaltes Blut in den Bürgerkrieg hineintreiben. Sie stellten sich erst dann „auf den Boden der Verfassung“, als der Rutsch der ihnen begünstigten Reuterer infolge des Generalkriegs Arbeiter zusammengebrochen war.

So sehen die „notwendigen Gegenmaßnahmen“ der Regierung aus, derselben Regierung, die noch heute nicht der Lage ist, die Haftbefehle gegen Noke, Bülow, Bauer, Konforten zu vollstrecken. Daß denn die Regierung nicht gar kein Verständnis dafür, wie lächerlich sie sich durch Beschlagnahmungen macht, die letzten Endes nur auf die Ehrenrettung jener hohen Militärs hinauslaufen, die der Stunde der Gefahr Regierung, Verfassung und Republik verriet, jetzt aber wieder die höchsten Posten in der Reichsregierung inne haben und die Politik der Regierung in ihrer Sinne zu beeinflussen suchen.

### Vorbereitung für den Wahlkampf.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht an der Spitze seiner Sonntagsnummer einen Aufruf des Vorstandes der S. P. an die Wähler und Wählerinnen, in dem es heißt, daß in wenigen Wochen der erste Reichstag der Deutschen Republik gewählt werden würde. Es ist demnach anzunehmen, daß die Auflösung der Nationalversammlung die Ankündigung des Termins der Wahlen unmittelbar bevorsteht.

folgt... des... fortge... das... damit... möglich... der... gefom... An... and... be... die... in... der... die... Tr... geigt... in... den... auch... die... gegen... die... nomme... hieren... d... weite... artige... fährdete... die... die... w... a... h... e... Berge... nur... den... die... ein... feiner... bulben... u... fassung... Ordnung... trauen... a... sich... r... a... Aufgabe... Verfüg... Staats... wehr... nicht... gere... Be... Gärtner... Stein... Metall... agesol... ERLI... an... U... Alexan... Charlo... Sch... pe... für... al... Frater... stellung... von... med... Lo... unne... über... für... ge... sowie... en... gi... Neu... Jeder



# Weg mit dem Belagerungszustand!

Der Reichspräsident hat zur Befreiung der Truppen einen Erlass herausgegeben, der recht deutlich zeigt, daß die reaktionären Offiziere die Macht wieder völlig in den Händen hoben und daß ihren unheilvollen Einflüssen auch die Regierung unterlegen ist. In dem Erlass wird gegen die Unteroffiziere und Mannschaften Stellung genommen, die in den Kampfzügen den eiddrückenden Offizieren den Gehorsam verweigerten, es wird ihnen verboten, weiterhin „eigenmächtige“ Eingriffe vorzunehmen, da derartige „Uebergriffe“ den Bestand der Reichswehr gefährdeten, und dann heißt es wörtlich:

Ich erinnere daher erneut daran, daß jede Handlung, wie die Absetzung von Offizieren und eigenmächtige Rekrutierungen von Führern, als Verletzung der Disziplin und als Vergehen gegen die Verfassung und die Gesetzgebung anzusehen ist und nur den Gang der ordnungsmäßigen Untersuchung behindert. Ich bin entschlossen, um jede Politik aus der Reichswehr fernzuhalten, keinerlei politische Betätigung in irgendeiner Richtung in ihr zu dulden und die Truppe zu einem in sich geschlossenen, von verfassungstreuen Führern geleiteten Machtmittel zum Schutze der Ordnung zu gestalten. Ich erwarte, daß die Reichswehr im Vertrauen auf die von mir und der Regierung eingesetzten Führer sich rüchellos und in strenger Disziplin der schweren Aufgabe der Sicherung des Reichs und seiner Verfassung zur Verfügung stellt. Nur so wird es möglich sein, das durch den Staatstreue stark erfüllte Vertrauen des Volkes der Reichswehr wieder zu gewinnen, ohne das sie ihrer schweren Aufgabe nicht gerecht werden kann.

## Ein verfehlter Erlass.

Der Reichspräsident hat zur Befreiung der Truppen einen Erlass herausgegeben, der recht deutlich zeigt, daß die reaktionären Offiziere die Macht wieder völlig in den Händen hoben und daß ihren unheilvollen Einflüssen auch die Regierung unterlegen ist. In dem Erlass wird gegen die Unteroffiziere und Mannschaften Stellung genommen, die in den Kampfzügen den eiddrückenden Offizieren den Gehorsam verweigerten, es wird ihnen verboten, weiterhin „eigenmächtige“ Eingriffe vorzunehmen, da derartige „Uebergriffe“ den Bestand der Reichswehr gefährdeten, und dann heißt es wörtlich:

Ich erinnere daher erneut daran, daß jede Handlung, wie die Absetzung von Offizieren und eigenmächtige Rekrutierungen von Führern, als Verletzung der Disziplin und als Vergehen gegen die Verfassung und die Gesetzgebung anzusehen ist und nur den Gang der ordnungsmäßigen Untersuchung behindert. Ich bin entschlossen, um jede Politik aus der Reichswehr fernzuhalten, keinerlei politische Betätigung in irgendeiner Richtung in ihr zu dulden und die Truppe zu einem in sich geschlossenen, von verfassungstreuen Führern geleiteten Machtmittel zum Schutze der Ordnung zu gestalten. Ich erwarte, daß die Reichswehr im Vertrauen auf die von mir und der Regierung eingesetzten Führer sich rüchellos und in strenger Disziplin der schweren Aufgabe der Sicherung des Reichs und seiner Verfassung zur Verfügung stellt. Nur so wird es möglich sein, das durch den Staatstreue stark erfüllte Vertrauen des Volkes der Reichswehr wieder zu gewinnen, ohne das sie ihrer schweren Aufgabe nicht gerecht werden kann.

Dieser Erlass macht die Mannschaften der Reichswehr zum Spielball der reaktionären Offiziere. Sie können wieder schalten und walten wie ehedem. Der Oppositionsgeist, der sich bei einigen Formationen zu regen begann, wird rüchellos unterdrückt. Die Offiziere haben völlig freie Hand, sie können auf Grund dieses Erlasses die Reichswehr von allen Personen säubern, die während der Kampagne sich gegen jeden Staatstreue wandten und ihren Offizieren auf die Finger klopfen. Statt die Reichswehr von den unzuverlässigen Offizieren zu säubern, wird diesen Offizieren durch den Erlass eine Handhabe gegeben, ihre Position in der Reichswehr zu festigen und die Mannschaften zu entfernen, die sich nicht zum willkürlichen Werkzeug der Reaktionskräfte machen ließen.

**Unruhen in Irland.** Anlässlich des Jahresfestes des irischen Aufstandes von 1916 kam es in der Nacht vom 3. zum 4. April in Dublin, Cork und Belfast zu erheblichen Ausschreitungen. Etwa 60 Polizeistationen wurden durch Feuer und Sprengstoffe zerstört, ebenso wie 22 Steuerämter, deren Akten vernichtet wurden. Belfast war anfangs durch Verschieben der Telegraphendrähte und des Kabels nach England isoliert.

Der Austritt des türkischen Kabinetts Sait Halpa wird amtlich mitteilt. Tercüi Vojska oder Tamad Ferid sollen die Bildung des neuen Kabinetts übernehmen.

Die Reichsfinanzverwaltung, die ordnungsmäßige Abhaltung durch den Kampf-Bursch unmöglich geworden war, soll nach einer amtlichen Mitteilung unmittelbar nach Schluß der Nationalversammlung, also voraussichtlich Ende Mai, stattfinden.

Politischer Streik in Japan. Laut „Revue Courant“ merket „Cashier Service“ aus Tokio, daß 8000 Arbeiter der Schiffsbau- und Maschinenwerke in einen Proteststreik gegen die Regierung gegenüber den Ausländern eintraten. Die Regierung verweigert den Streikenden die Lebensmittelzufuhr. Angriffe auf Arbeitswillige wurden blutig bestraft.

## Groß-Berlin.

Vollversammlungen der Betriebsräte aller Industrie-Gruppen siehe Infertat.

Die Volkshochschule Reußlin richtet im Vierteljahr April-Juni Arbeitsgemeinschaften und Vorlesungen über folgende Wissensgebiete ein: Philosophie, Literatur und Kunst, Sozialwissenschaft und Wirtschaftskunde, Rechts- und Staatswissenschaften, Naturwissenschaft und Technik, Mathematik, Gesundheitslehre und fremde Sprachen. Außerdem finden Kurse im gewerblichen und kaufmännischen Rechnen, im Buchrechnen, sowie Einführung in die Algebra und Geometrie, sowie Vorkurse in Deutsch statt.

Boykott über die Firma C. & K. Brennkammer! Die Ortsverwaltung Berlin des Schneiderverbandes teilt mit: „Die Firma C. & K. Brennkammer, Königsstr. 88 und Chausseestr. 118, die in allen Zeitungen durch marktschreierische Annoncen unter „C. & K.“ ihre Damenkonfektion anbietet, hat 7 Kinderinnen anlässlich des Damenschneiderstreiks gemahregelt. Die Kinderinnen wurden nur von Streikbrechern ausgeführt. Wir fühlen uns deshalb gezwungen, über die Firma den Boykott zu verhängen. Keine Arbeiterfrau darf dort etwas kaufen!“

## Lebensmittellisten.

Berlin. In der Woche vom 5. bis 11. April wird in den Bezirken, die blossmal an der Reihe sind, inländisches Fleisch oder ausländisches Schweinefleisch ausgegeben. In den anderen Bezirken gelangen ausländische Fleisch- und Wurstwaren und ausländisches Geflügel zur Ausgabe. Bis zu einem Fünftel der Wochenmenge ist wie üblich auf Verlangen der Fleischverkäufer in Wurst zu entnehmen.

Neue Zuckerhundenliste. Wer vom 1. April ab seinen Zucker von einem anderen Kleinhändler als bisher beziehen will, muß die Anmeldung in der Zeit vom 1. bis 8. April einschließlich bewirken. Die Kleinhändler sind verpflichtet, die Kontrollausweise derjenigen Zuckerhändler, mit welchen ein Wechsel des Kleinhändlers vorgenommen werden soll, den Bezugsberechtigten herauszugeben.

Wetzentee, 3 Pf. Kartoffeln auf 14a-c und 400 Gr. weiße Bohnen auf 14d-g der Kartoffelkarte; 2 Derringe auf 7a und b der Einkaufskarte in der Verkaufsstelle Cofelstr. 2 am Dienstag Nr. 20 001-22 000, am Mittwoch Nr. 21 001-24 000, am Donnerstag Nr. 24 001-26 000, am Freitag Nr. 26 001-28 000, am Sonnabend Nr. 28 001-30 000, in der Verkaufsstelle Viktorstr. 24 am Dienstag Nr. 30 001-32 000, am Mittwoch Nr. 33 001-35 000, am Donnerstag Nr. 36 001-38 000, am Freitag Nr. 38 001-40 000, am Sonnabend Nr. 42 001-45 000.

Wetzentee. Auf die Kreislebensmittelliste: 125 Gr. Teigwaren, 250 Gr. Kartoffelmehl und 250 Gr. Weizenmehl auf 10; 1 Derring, 1 Büchse Fleisch und 1 Büchse Leberwurst auf 11; auf f und g der Karte: 250 Gr. Kartoffelmehl; für Kriegsgeschädigte 500 Gr. Rüböl; auf h: 250 Gr. Kartoffelmehl; für den Monat April in den Verkaufsstellen I und II auf die Kartonsorten 250 Gr. Heferollen, 500 Gr. Erbsen, 250 Gr. Rüböl, 2 Pakete Milchspeise und 1 Paket Reis.

## Aus den Organisationen.

15. Bezirk. Dienstag abend 7 Uhr Vorstandssitzung bei Petermann, Hohenberger Straße 15. — Mittwoch, 7. April, abends 7 Uhr, Distriktskonferenz bei Alfred Krüger, Pflanzstr. 10. — Donnerstag, 8. April, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsversammlung in der Schulaula Schulstr. 2. Mitgliedsbuch legitimiert. — Freitag, 9. April, abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Roten, Chausseestrasse, Ecke Schützenstr., Sitzung sämtlicher Funktionäre, Elternbeiräte und in der Jugendbewegung tätigen Mitglieder. Vortrag des Genossen Schneider-Reußlin. — Charlottenburg, Mittwoch, 7. April, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung der politischen Kommission im Rathaus, Zimmer 334. — Charlottenburg, Der Kurzus des Genossen Braunthal fällt heute aus, da Referent verreist.

## Bereinstalender.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Mittwoch Nachgruppe 4a (Sektion der Versicherungsangestellten) abends 7 Uhr in den Kommoden, Teltower Straße 14. — Nachgruppe 10 (Sektion der Buchhändler) abends 7 Uhr im Schulisch-Kaufhaus, Reuss-Jahobstr. 24/25. — Nachgruppe 14b (Angestellte der Schreibmaschinen- und Buchschlossereien) abends 7 1/2 Uhr im Verbandsbureau, Belle-Alliance-Straße 7/10. — Nachgruppe 15 (Sektion Bergmann-Kongress Berlin und Rosenthal) abends 7 Uhr in der Eisenbrauerei, Hochstr. 2. — Deutscher Richter-Verband, Sektion Berlin, Mittwoch, 7. April, 7 Uhr, Versammlung bei Oswald Berliner, Brunnenstr. 12. — Arbeitnachtenverband des Fleiszer- und Metzgerwesens, Freitag, 9. April, abends 7 1/2 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, vorn im Restraum. Ergebnis vom Schlichtungsausschuß. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Reußlin. Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck des Lindenbruders und Verlagsgesellschaft m. & P., Schiffbauerdamm 19.

# Betriebsräte aller Industrie-Gruppen.

Dienstag, den 6. April, abends 7 Uhr finden in folgenden Lokalen die Vollversammlungen der Betriebsräte aller Industrie-Gruppen statt.

- |   |  |   |  |
|---|--|---|--|
| 1. Gärtnerei, Landwirtschaft: Schulaula, Auguststr. 21.         | 4. Chemische Industrie: Schulaula, Auguststr. 67/68.               | 7. Holz-Industrie: Rusler-Säle, Kaiser-Wilhelm-Straße.                    | 10. Staats- und Kommunal-Betriebe: Schulaula, Bernauer Straße 89/90. |
| 2. Stein- und Gesteinsindustrie: Schulaula, Weinmeisterstr. 18. | 5. Textil-Industrie: Schulaula, Koppentplatz, an der Linienstraße. | 8. Nahrungs- und Genussmittel-Gewerbe: Humboldt-Gymnasium, Gartenstr. 25. | 11. Verkehrsgewerbe: Königsplatz, Große-Franfurter-Straße.           |
| 3. Metallindustrie: Boelers-Häute, Weberstr. 17.                | 6. Lederindustrie: Schulaula, Gipsstraße.                          | 9. Handel und Banken: Schulaula, Auguststr. 21.                           | 12. Papierindustrie: Schulaula, Weinmeisterstr. 10/17.               |

Agensordnung: Die blutigen Vorgänge im Ruhrgebiet und die Aufgaben des Berliner Proletariats. Der Aktions-Ausschuß.

**TRAURINGE**  
DUKATENGOLD 900  
14 Kar. Gold 800 gestempelt, 8 Kar. Gold  
in allen Preislagen.  
VERKAUF DIREKT AN PRIVATE  
Goldwaren-Fabrik  
**Weinstock a. m. b. H.**  
Centrale:  
**BERLIN, Mohrenstrasse 16**  
am Untergrundbahnhof Friedrichstraße  
Alexanderstraße 14a, nahe Janowitzbrücke,  
Kottbuser Damm 24,  
Charlottenberg, Brunnenstr. 12 und  
Schöneberg, Grenadierstraße 19.  
Achtung! Kein Laden.  
Geöffnet von 9-1 und 3-4

**Grammophonplatten p. Ko. 19M.**  
Sprechmaschinen, Walzen, auch zerbrochene,  
Zelluloidabfälle, Filme, Glühstrumpfasche  
kauft höchstzahlend  
Gegr. 1903. Metallkontor Gegr. 1903.  
**W. John**  
SW. 68, Alte Jakobstraße 138.  
Telephon Moritzplatz, 12888. Geöffnet werktäglich von 9-4 Uhr.

**ALTMETALL**  
Kupfer, Messing,  
Aluminium, Blei, Zinn, Eisen  
kauft zu den  
**höchsten**  
Tagespreisen  
Schlosserei  
**NIEMANN,**  
Stallschreiberstr. 55,  
Hof, Keller, Am Moritzpl.  
Tel. Hausnummer achten.

**Kauf**  
**höchstzahlend**  
Kabel, Litzen, Motoren,  
Leitungsdrähte, Schreib-  
maschinen, sowie sämtl.  
Installationsmaterial.  
Elektr. Werkst. Neukölln  
Kottbuser Damm 96, Ene.  
Schmiedestr. Tel.: Mor. 3127.

**Metalle**  
Metallbruchhandlung  
**A. AUKUN**  
Neukölln, Sietlandstr. 18.

**Schnellaufbohrer, neu,**  
jeden Posten  
bis 200 mm Naturstahl,  
Holzschrauben kauft  
**Friedrich Morgenstern**  
nur Lichtenberg,  
Weichselstr. 18, Altes 1268.

**Schnellaufbohrer,**  
Schmiedeleisen, Naturstahl,  
Fräser, Reibahlen, Gewinde-  
bohrer neu kauft zu aller-  
höchsten Tagespreisen. Händ-  
ler Extrapreise. Henschel,  
Möabit, Kottbuser Str. 22.

**Quecksilber**  
Kupfer  
Messing  
Blei  
Zinn  
Zink  
Zu den  
höchsten Tages-  
preisen.

**Metallankauf**  
Kommandantenstr. 77  
Holzsch. Fernruf: Znr. 5706  
Tempelhofstr. 16a  
Größ. Posten werden abgeholt

**Elektromotore**  
Gleichstrom u. Drehstrom  
kauft  
Ingenieurbüro Schlichting  
Berlin W 8, Linkstr. 18.  
Tel.: Litzow 3735 und 8518

**Fest gebündeltes**  
**Zeitungspapier**  
aber höchsten Tagespreis  
kauft höchstzahlend  
**Berlin SO 33, Cuvrystraße 38**  
Carl Moritzplatz 792 und Reußlin 1408  
Spezialkäufer  
**Pückerstraße 33, Wrangelstraße 72.**  
Voll- und Bezahlungen werden bei Reichsbank nach Wunsch abgeholt.  
**Willy Seydlitz.**

**Brillanten, Perlen,**  
**Gold- u. Silberbruch**  
kauft zu höchsten Preisen  
**C. Käferle, Frankfurter Allee 277, I.**  
Sonntags bis 4 Uhr.

**Nur kein Neid!**  
**Kupfer • Messing**  
**Reinzinn • Blei**  
A. I. Zingeschire/Scherzungen  
Quecksilber  
kauft zu allerhöchsten Tagespreisen  
**Metallschmelze-Prinzessinnenstr. 17**  
naher Weidm. (Anhalterstr.)  
Geöffnet von 9 bis 4 Uhr

**Spezial-Arzt**  
für alle Geschlechtskrankheiten,  
Fransprädisen, Blutenerschlangen, Salvarian-Kur,  
Prävention, sicher, ohne Berufsberatung, Mäßige Preise.  
med. Lommer, Sprengelstr. 10-14-7, S. 10-12.

**Nur ich!**  
überbiete die höchsten Preise  
für gebündeltes Zeitungspapier  
sowie sämtliche Sorten Altpapier  
**Fritz Seydlitz**  
on gros-Papier-on detail  
**Neukölln, Normannplatz 4.**  
Jeder Posten wird abgeholt.

Trois Preisstufen zahlen:  
Kupfer . . . kg 12.00  
Rotguss . . . 10.00  
Messing . . . 7.50  
Blei . . . 4.50  
Zinn . . . 3.50  
Schrazer, Simonstraße 23,  
Keine Täuschung des  
Publikums.

**Kupfer**  
**Messing**  
**Rotguss**  
**Blei**  
Zinn sowie  
ALUMINIUM  
kauft zu den höchsten  
Tagespreisen  
Oderstr. 22, Straße 1  
Ecke Schöneberger Allee  
Norden 297 u. 306.

**Metallankauf**  
Stallschreiberstr. 50/51  
kauft  
Quecksilber,  
Kupfer,  
Messing,  
Blei, Zinn, Zinn usw.  
zu den höchsten  
Tagespreisen.  
Sendungen vorzulegen  
werden sofort erledigt.



